

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Herr Ausschussvorsitzender  
Bernd Petelkau

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: [DieLinke@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke@stadt-koeln.de)

Fraktionsvorstand

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 10.09.2018

**AN/1280/2018**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	17.09.2018

**Abschiebungen und Duldungen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zu setzen.

In der Sitzung am 18.6.2018 teilte die Verwaltung in der Drucksache 1767/2018 mit, dass aus Köln 2017 199 Personen und in den ersten vier Monaten 2018 47 Personen abgeschoben wurden. 2018 wurde die Abschiebung von Straftätern priorisiert vorgenommen, so die Mitteilung.

Dazu hat die Fraktion DIE LINKE folgende Fragen:

1. Wie viele der Abgeschobenen (bitte aufschlüsseln in Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter) hatten eine Arbeitsstelle (bitte aufschlüsseln in unbefristete und befristete Stellen und in Berufe) und wie viele der Abgeschobenen haben Kinder und / oder einen deutschen Ehepartner (bitte schulpflichtige Kinder gesondert ausweisen)?
2. Wie vielen Menschen (bitte aufschlüsseln in Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter) mit deutschen Ehepartnern wird z.Z. eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung nicht gewährt und sie bekommen lediglich eine Duldung (bitte aufschlüsseln nach Dauer der Ehe) und wie viele Visaverfahren mit Wiedereinreiseerlaubnis gab es (bitte aufschlüsseln nach bewilligt / abgelehnt)?

3. Wie viele Anträge auf Arbeitserlaubnis für den Antritt einer Ausbildung oder einer Stelle wurden 2017 und in den ersten vier Monaten 2018 abgelehnt und was waren die Gründe hierfür?
4. Gibt es in Köln Fälle, bei denen Menschen bei Terminen zur Verlängerung ihrer Duldung im Ausländeramt festgesetzt und anschließend abgeschoben wurden, wie es mutmaßlich im Fall eines Marokkaners geschehen ist? Wenn es diese Praxis gibt, in wie vielen Fällen wurde so verfahren?
5. Wie viele der Abgeschobenen 2017 und in den ersten vier Monaten 2018 waren Straftäter und für welche Delikte wurden sie bestraft?

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer